

## **Aktuelle Debatte: Staatsbankrott**

Alternative zu Austeritätspolitik und Weg aus der Euro-Krise?

Die EU steckt in ihrer tiefsten Krise und das mögliche Ende der Eurozone steht im Raum. Die bisherigen politischen Maßnahmen – der »Rettungsschirm« und die an Austeritäts-Auflagen gebundenen »Hilfsprogramme« für Griechenland und andere Euroländer mit Finanzierungsproblemen – trugen weder zu einer Stabilisierung noch zu einer Reduzierung der Staatsschuldenquoten bei. Vielmehr verschärften die harten Sparprogramme die Rezession und erhöhten die ökonomischen und sozialen Folgekosten in den betroffenen Ländern. Die derzeitige Krisenpolitik adressiert nicht die strukturellen Probleme der Krisenländer und des Euroraums. Breitere Alternativen wie eine umfassende Regulierung der Finanzmärkte, EU-weite Steuerkooperation und Umverteilungspolitik, und ein Kurswechsel der EU Wirtschaftspolitik, die den ursächlichen Ungleichgewichten im Euroraum entgegenwirkt, fehlen in den Krisenlösungen. Ein zentrales Element einer erweiterten Krisenpolitik könnte auch eine geregelte Staatsinsolvenz darstellen. Auch wenn dies die Europäische Zentralbank und mächtige EU-Länder bis vor kurzem vehement ablehnten, scheint ein Schuldenschnitt zumindest für Griechenland kaum mehr abwendbar.

Über die Sinnhaftigkeit und die Folgen einer Staatsinsolvenz im Euroraum gibt es geteilte Meinungen. Inwieweit ist eine geordnete Staatsinsolvenz sinnvoll und würde die ökonomischen und sozialen Kosten der Krise in den betroffenen Ländern und im Euroraum reduzieren? Welche Erfahrungen gibt es mit dem Instrument des Staatbankrotts besonders in Ländern des Südens, wo dieses Instrument seit langem gefordert wird? Wie kann eine geregelte Staatsinsolvenz im Euroraum gestaltet werden? Inwieweit würde eine geregelte Staatsinsolvenz zu Ansteckungseffekten führen und dadurch die Krise verschärfen? Welche alternativen Politiken gibt es zum Staatsbankrott, um die Krise zu entschärfen und die ökonomischen und sozialen Kosten der Krise reduzieren?

Unterschiedliche progressive Antworten zu diesen Fragen werden in den folgenden zwei Kommentaren dargelegt. Kunibert Raffer, a.o. Professor am Institut für Volkswirtschaftslehre der Universität Wien, fordert schon seit Jahrzehnten eine Staatsinsolvenz vor allem für Länder des Südens. Er argumentiert für eine Staatsinsolvenz angelehnt an das »Chapter 9« Verfahren in den USA. Torsten Niechoj, Referatsleiter für Internationale Konjunkturanalyse und Wirtschaftspolitik am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung, betont die Gefahren einer Staatsinsolvenz im Euroraum und argumentiert für alternative Lösungen. Dazu zählen eine stärkere wirtschaftspolitische Integration des Euroraums und die Einführung von Eurobonds.

*Cornelia Staritz*